

Altersarmut: Grundsicherung erreicht Arme nicht	2
Finanzkrise: Verfassung erlaubt Vermögensabgabe	3
Weltwirtschaft: Weniger Unterschiede bei den Einkommen – stabilere Wirtschaft	4
Eurokrise: Sparen wie in Griechenland trübe Deutschland hart	5
Autobranche: Elektroautos bringen neue Jobs	6
Ausbildung: Betriebsrat hilft bei Jobwechsel nach Lehre	7
TrendTableau	8

LOHNENTWICKLUNG

Europas Löhne im Abwärtssog

In der Mehrzahl der EU-Staaten gehen die Reallöhne zurück. Das dürfte die Konjunkturkrise in Europa weiter verschärfen.

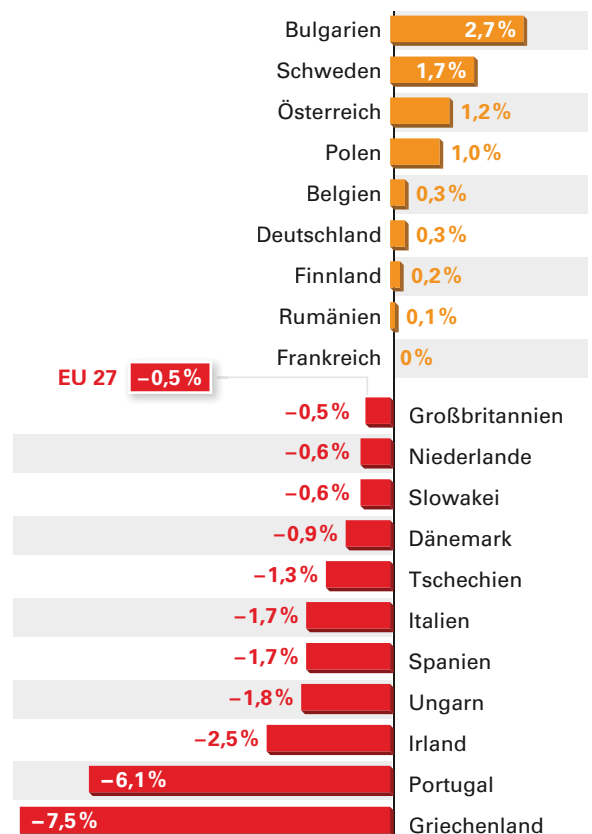
Den Löhnen in Europa droht eine Abwärtsspirale: In 16 von 27 EU-Staaten müssen die Beschäftigten in diesem Jahr mit Reallohnverlusten rechnen. Das geht aus dem neuen Europäischen Tarifbericht des WSI hervor.* Die Europäische Kommission erwartet daher im EU-Durchschnitt ein Minus von 0,5 Prozent. 2011 waren die Löhne in der Gemeinschaft nach Abzug der Preissteigerung bereits um durchschnittlich 0,9 Prozent zurückgegangen. Besonders drastisch ist die Entwicklung in Südeuropa: Für Griechenland wird in diesem Jahr ein Rückgang des Reallohnlevels um 7,5 Prozent prognostiziert, Portugals Löhne werden 2012 preisbereinigt um 6,1 Prozent sinken. Aber auch in den Niederlanden, Großbritannien oder Dänemark drohen den Beschäftigten zum zweiten Mal in Folge reale Lohnverluste.

Die deutschen Reallöhne entwickeln sich günstiger: Die EU-Kommission rechnet für 2012 mit einem geringfügigen Plus von 0,3 Prozent. Andere Prognosen gehen von gut einem halben Prozentpunkt aus. Damit gehört Deutschland zu den wenigen EU-Ländern, deren Beschäftigte seit 2010 zumindest keine Lohnverluste hinnehmen mussten. Allerdings konnte damit laut WSI-Tarifexperte Thorsten Schulten bislang nur ein kleiner Teil der Einbußen der 2000er-Jahre ausgeglichen werden: Deutschland ist der einzige Staat in Europa, dessen Reallohnlevel zwischen 2001 und 2009 gesunken ist. Der Verteilungsspielraum, der sich aus der Summe von Produktivitäts- und Preisentwicklung ergibt, wird hierzulande erstmals seit 2009 wieder ausgeschöpft. In der EU insgesamt bleibt die Verteilungsbilanz hingegen negativ. Das heißt: Die Lohnquote geht weiter zurück, die Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkommen setzt sich fort.

Der europaweite Rückgang des Lohnniveaus entspricht Schulten zufolge einer bewussten politischen Strategie der EU-Staaten und der Europäischen Kommission. Nach dem Vorbild Deutschlands sollten Lohnmoderation und Reallohnverluste zu neuer Wettbewerbsfähigkeit führen und dadurch einen Weg aus der Krise ebnen. Aussicht auf Erfolg habe diese Strategie aber nicht: „Mit der Unterordnung der Lohnpolitik unter die Wettbewerbspolitik droht eine allgemeine Absenkungsspirale, die die ökonomische Krise und Stagnation in Europa weiter verschärft“, sagt Schulten. Die bestehenden ökonomischen Ungleichgewichte innerhalb Eu-

Krise lässt Löhne sinken

Die Reallöhne werden sich 2012* im Vergleich zum Vorjahr verändern um...



*Prognose | Quelle: Europäische Kommission 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

ropas könnten nicht allein durch Anpassungen in den Krisen- und Defizitländern abgebaut werden. Das könne nur gelingen, wenn zugleich die Überschussländer „auch mithilfe einer expansiveren Lohnentwicklung die wirtschaftliche Dynamik in Europa“ förderten. ◀

* Quelle: Thorsten Schulten: Europäischer Tarifbericht des WSI 2011/2012, in: WSI-Mitteilungen 6/2012
Download unter www.boecklerimpuls.de

Grundsicherung erreicht Arme nicht

Die Einführung der Grundsicherung im Alter sollte die Zahl Älterer senken, die aus Unkenntnis oder Scham auf Sozialleistungen verzichten. Doch „verdeckte Armut“ ist unter Menschen mit niedriger Rente noch immer verbreitet, zeigt eine Untersuchung.

Lieber eiserne Ausgabendisziplin halten und mal auf eine warme Mahlzeit verzichten als zum Sozialamt gehen: Wie viele Menschen sich so verhalten, ist schwer zu sagen, denn sie tauchen in keiner amtlichen Statistik auf. Dasselbe gilt für diejenigen, die schlicht nicht wissen, dass ihnen wegen ihres geringen Einkommens staatliche Zuschüsse zustehen. Mithilfe repräsentativer Bevölkerungsbefragungen haben Sozialwissenschaftler aber immer wieder versucht, die Dunkelziffer der Armut zu ermitteln. Je nach Methode und Untersuchungsjahr variierten die Ergebnisse. Aber bereits in den 1990er-Jahren war klar: Auf jeden Sozialhilfeempfänger könnte ein Sozialhilfeberechtigter kommen, der seine Ansprüche nicht einlöst. Und unter Älteren ist die verdeckte Armut besonders verbreitet.

Deshalb wurde 2003 die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ eingeführt. Sozialhilfeempfänger im Rentenalter brauchen nun in der Regel nicht mehr zu fürchten, dass das Amt sich das Geld bei ihren Kindern zurückholen könnte. Und die Rentenversicherung wurde verpflichtet, Kleinrentner auf ihren potenziellen Grundsicherungsanspruch aufmerksam zu machen.

Die Verteilungsforscherin Irene Becker hat untersucht, wie sich die verdeckte Armut unter Älteren seitdem entwickelt hat. * Ihr Fazit: Das Ziel des Gesetzes „ist offenbar nicht erreicht worden.“

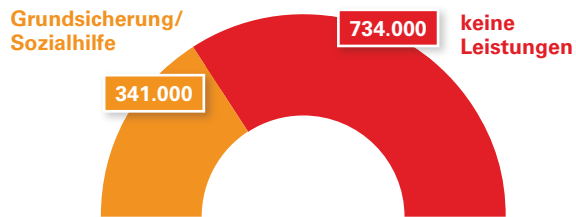
Beckers Berechnungen beruhen auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für das Jahr 2007. Aus den Zahlen der repräsentativen Befragung ergibt sich: **Von gut einer Million Menschen ab 65 Jahren, denen damals Grundsicherung zustand, bezogen nur 340.000 tatsächlich Leistungen.** Die „Quote der Nichtinanspruchnahme“, so der technische Begriff für die Dunkelziffer der Armut, betrug 68 Prozent.

Becker ist sicher, dass dieses Ergebnis die Realität gut widerspiegelt. Schließlich steht die mit demselben Datensatz ermittelte „bekämpfte Armut“ in Übereinstimmung mit den amtlichen Statistiken – was für die Repräsentativität der Stichprobe spricht. Und wenn es Verzerrungen gäbe, dann würde die verdeckte Armut eher unterschätzt, betont die Forscherin. Möglich wäre nämlich, dass Menschen, die den Gang zum Sozialamt scheuen, auch überdurchschnittlich häufig vor der Teilnahme an Befragungen zurückschrecken. Personen mit Sparguthaben oder nur geringen Grundsicherungsansprüchen von unter 30 Euro im Monat hat sie bei ihrer Rechnung gar nicht berücksichtigt.

Bedürftigkeit im Alter ist meist keine Folge gänzlich fehlender Rentenansprüche; auch dies lässt sich aus dem SOEP ablesen. Die Rente reicht aber nicht, um die Bezieher auf das

Verdeckte Armut oft bei Älteren

Von den 1.075.000 über-64-Jährigen mit Anspruch auf Grundsicherung im Jahr 2007 bezogen ...



Von allen Personen, die Anspruch auf Sozialhilfe oder Grundsicherung hätten, bekamen **keine** Leistungen:



Quelle: Becker 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

sozio-kulturelle Existenzminimum zu heben. Wer Grundsicherung im Alter bezieht, hat im Schnitt ein gesetzliches Alterseinkommen von 549 Euro brutto im Monat, bei den Anspruchsberechtigten ohne Grundsicherungsbezug sind es 610 Euro. Das entspricht 44 Prozent bzw. 49 Prozent des Ruhegeldes, das nicht bedürftige Rentner im Durchschnitt erhalten.

Im Rahmen des SOEP wurden die Teilnehmer auch gefragt, ob sie sich finanziell mindestens alle zwei Tage eine warme Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder Geflügel leisten können. Von den verdeckt armen Älteren antworteten 8 Prozent mit Nein. In der nicht bedürftigen Vergleichsgruppe sind es nur 0,6 Prozent.

Die nach wie vor hohe Dunkelziffer sei ein Grund, das Gesetz zur Grundsicherung im Alter noch einmal zu überarbeiten, schreibt Becker. Die Rentenversicherung sollte sich stärker als bisher um Rentner mit geringen Einkünften kümmern und sie beim Antrag auf Grundsicherung unterstützen. Die im Vergleich zum Arbeitslosengeld II strengeren Vorschriften zur Vermögensanrechnung sollten gelockert werden. Zudem sollte „die Definition angemessenen Wohnraums überdacht“ werden, empfiehlt die Wissenschaftlerin. Denn möglicherweise beantragten viele bedürftige Ältere auch deshalb keine Grundsicherung, weil sie fürchten, das Amt könnte auf dem Umzug in eine billigere Wohnung bestehen. „Ein Umzug im Alter ist aber besonders belastend und der damit verbundene Verlust sozialer Kontakte meist nachhaltig“, so die Forscherin. Zudem liege es in der Verantwortung der gesamten Gesellschaft, Stigmatisierungen und Schuldzuweisungen zu vermeiden, damit sich mehr Menschen für ihren Rechtsanspruch auf Grundsicherung entscheiden. ◀

* Quelle: Irene Becker: Finanzielle Mindestsicherung und Bedürftigkeit im Alter, in: Zeitschrift für Sozialreform 2/2012
Download unter www.boecklerimpuls.de

Verfassung erlaubt Vermögensabgabe

Die Kosten von Finanzkrise oder Energiewende über Massensteuern zu decken, wäre gefährlich für die Konjunktur. Eine einmalige Vermögensabgabe hingegen nicht. Das Grundgesetz würde eine solche Abgabe laut einem Rechtsgutachten erlauben.

„Zwangsanleihen und einmalige Vermögensabgaben auf höhere Privatvermögen könnten zur Refinanzierung und zum Abbau der Staatsschulden in Europa herangezogen werden, ohne dass eine Dämpfung der Konsumnachfrage zu befürchten wäre.“ Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin.* Und das DIW denkt dabei nicht nur an Krisenländer wie Griechenland oder Spanien: Eine Abgabe von zehn Prozent auf private Vermögen über einer viertel Million Euro pro Person würde dem deutschen Fiskus etwa 230 Milliarden Euro einbringen – und lediglich die reichsten acht Prozent der Bevölkerung treffen. Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und der Gewerkschaft ver.di hat der Jura-Professor Joachim Wieland von der Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer nun untersucht, ob der deutsche Staat eine einmalige Vermögensabgabe überhaupt erheben dürfte. Sein Fazit: Das Grundgesetz steht dem nicht im Weg.

Es gab schon einmal eine Vermögensabgabe in der Bundesrepublik, nämlich den Lastenausgleich. Er verpflichtete Vermögensbesitzer, über Jahrzehnte in Raten in einen Fonds einzuzahlen, aus dem Entschädigungen für Kriegsopfer und Vertriebene flossen. Da ein Lastenausgleich im neu zu begründenden Staat von Anfang an vorgesehen war, bietet die Verfassung ausdrücklich eine entsprechende Möglichkeit, erklärt Wieland. So sind im Grundgesetz-Artikel 106, der festlegt, welche Einnahmen dem Bund zustehen, unter anderem „die einmaligen Vermögensabgaben und die zur Durchführung des Lastenausgleichs erhobenen Ausgleichsabgaben“ genannt. „Wortlaut und herrschende Lehre“ sprechen Wieland zufolge dafür, darunter nicht nur Vermögensabgaben im Zusammenhang mit dem historischen Lastenausgleich zu verstehen.

Damit sieht der Jurist **keine grundsätzlichen Hindernisse für Vermögensabgaben**. Einige Verfassungsrechtler seien zwar der Ansicht, dass solche Abgaben nur in Notlagen wie der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg zulässig sind. Wieland kommt aber zu dem Schluss, dass dieser Einwand letztlich nicht stichhaltig sei. Denn weder aus der Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes noch aus späteren Urteilen des Bundesverfassungsgerichts lasse sich eine solche Bedingung ableiten. Schon der Plural, also dass das Grundgesetz von „Vermögensabgaben“ spricht, sei ein Hinweis darauf, dass die Väter der Verfassung nicht nur an den Kriegslastenausgleich gedacht hätten. Allerdings könne der Staat nicht ohne besonderen Grund auf die Vermögen seiner Bürger zugreifen, analysiert der Rechtswissenschaftler. Nötig sei ein „besonderer Finanzbedarf“, der sich vom „allgemeinen staatlichen Finanzbedarf“ unterscheidet. Einer „staatlichen Ausnahmelage“, die faktisch nur durch Krieg entstehen könnte, bedürfe es hingegen nicht.

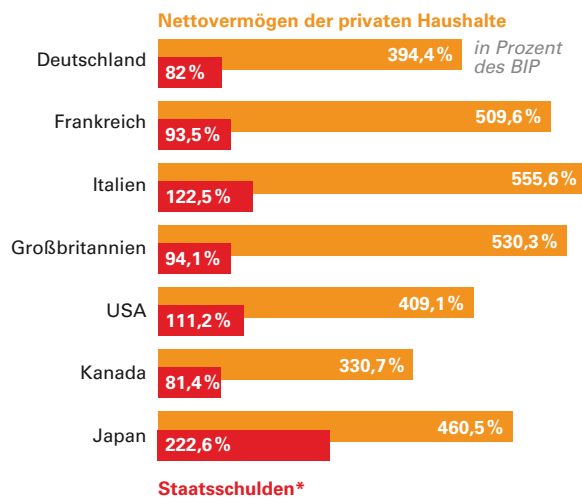
Stellen die Folgekosten der Wirtschafts- und Finanzkrise denn einen besonderen Finanzbedarf dar, der nicht mit den üblichen Steuern oder durch erhöhte Neuverschuldung zu

decken ist? Um die Frage zu beantworten, weist Wieland auf einen anderen, ganz neuen Passus im Grundgesetz hin: In Artikel 115 ist geregelt, dass die Schuldenbremse im Fall von „außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“ nicht gilt. Diese Formulierung ist laut Wieland gerade mit Blick auf die Wirtschafts- und Finanzkrise gewählt worden. Woraus der Jurist folgert: Wenn die Krise eine Ausnahmesituation im Sinne von Artikel 115 ist, muss sie auch eine im Sinne von Artikel 106 sein – sie rechtfertigt also einmalige Vermögensabgaben.

„Einmalig“ bedeute nur, dass Höhe und Umfang der Zahlungen einmal verbindlich festgesetzt werden müssen, erläutert Wieland. Die Zahlungen könnten dann durchaus über

Hohe Vermögen, arme Staaten

Privatvermögen und Staatsschulden betragen in...



* OECD-Prognose für 2013 | Quelle: DIW 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

einen längeren Zeitraum in Raten erfolgen, so wie es beim Lastenausgleich war.

Zudem hat Wieland geprüft, ob weitere Ereignisse, die großen öffentlichen Finanzbedarf nach sich ziehen, Vermögensabgaben legitimieren könnten. Im Falle der Energiewende lautet sein Urteil Ja, weil es sich hier um einen einmaligen außerordentlichen Finanzbedarf handelt. Die Bekämpfung des allgemeineren Phänomens Klimawandel sei hingegen eine Daueraufgabe, „die aus dem regulären Steueraufkommen gedeckt werden muss“. ◀

* Quelle: Stefan Bach: Vermögensabgaben – ein Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen in Europa, in: DIW-Wochenbericht 28/2012; Joachim Wieland: Vermögensabgaben im Sinne von Art. 106 Abs. 1 Nr. 5 GG, Rechtsgutachten für die Hans-Böckler-Stiftung, Juni 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Weniger Unterschiede bei den Einkommen – stabilere Wirtschaft

Das starke Auseinanderdriften von großen und kleinen Einkommen in den USA gilt als eine der Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Auch in Deutschland hat die zunehmende Einkommensungleichheit die Krise mit verursacht.

In einem Punkt sind sich alle einig: Deutschland war in den vergangenen zehn Jahren zu einseitig auf seine Exporterfolge fokussiert, stellen Internationaler Währungsfonds, OECD, EU-Kommission und Internationale Arbeitsorganisation (ILO) unisono in aktuellen Analysen fest. Die Krise im Euro-Raum zeige die Negativwirkungen dieser Strategie auf – und

Zwischen 2001 und 2007 sank die Lohnquote gemessen am Bruttoinlandsprodukt um mehr als fünf Prozentpunkte. In den Jahren 1999 bis 2009 wuchs das verfügbare Einkommen des reichsten Zehntels um 16,6 Prozent, das des ärmsten Zehntels schrumpfte um 9,6 Prozent. Dabei war Deutschland laut Daten der Bundesbank bereits zum Start

der Währungsunion 1999 in hohem Maße wettbewerbsfähig, so die Forscher. Aufgrund der im europäischen Vergleich weit unterdurchschnittlichen Lohnentwicklung konnte die deutsche Wirtschaft diesen Vorteil immer weiter ausbauen. Hingegen dämpften die schwache Reallohnentwicklung und die zunehmende Einkommensungleichheit die Binnennachfrage.

Als wesentlichen Faktor identifizieren van Treeck und Sturn dabei die Hartz-Reformen, die den Arbeitsmarkt flexibler machen sollten. Sie haben hierzulande das Wachstum des Niedriglohnssektors weiter angetrieben. Bis in die Mittelschicht breiteten sich ein Gefühl der Unsicherheit und die Angst vor Jobverlust aus. Auch in den USA nahm die Einkommensungleichheit zu.

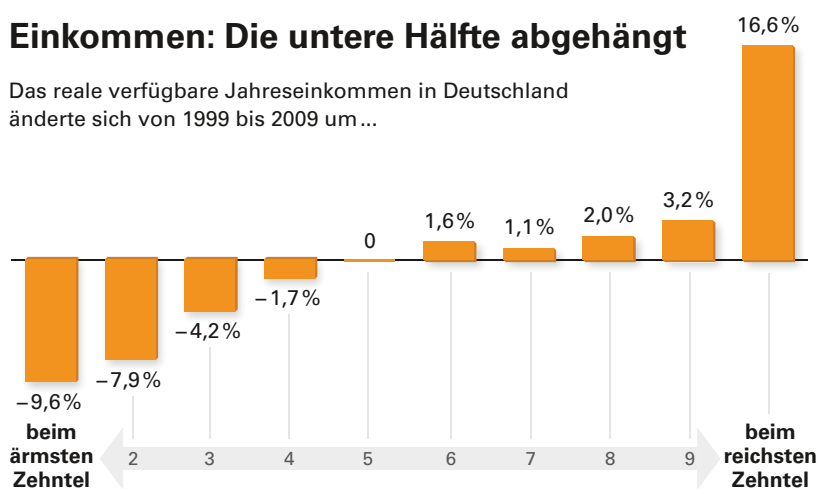
Dort häuften viele Bürger immer höhere Schulden an – zum Beispiel, um sich trotz niedriger Einkommen ein Eigenheim leisten zu können. Damit stützte der private Konsum zwar die wirtschaftliche Entwicklung. Doch das Leistungsbilanzdefizit wuchs, die Hauskreditblase platzte – die Finanz- und Wirtschaftskrise nahm ihren Lauf.

Die Deutschen hingegen verschuldeten sich nicht, um trotz stagnierender Einkommen ihren Lebensstandard zu halten. Im Gegenteil: Sie sparten einen größeren Teil ihres Einkommens. Diese typisch deutsche Reaktion ist auch dem typisch deutschen institutionellen Rahmen geschuldet, stellen die beiden Wissenschaftler fest:

- ▶ Deutsche Arbeitnehmer arbeiten vielfach in hoch spezialisierten Industriezweigen und verfügen über betriebsspezifisches Wissen. Beschäftigungsverhältnisse sind stabiler als in den USA. Wenn Arbeitsmarktreformen Entlassungen erleichtern und zugleich die Ungleichheit steigt, befürchten Arbeitnehmer, dass sie im Falle eines Jobverlusts aufgrund ihrer Spezialisierung nur schwer anderweitig unterkommen und Einkommensverluste hinnehmen müssen. Die Konsequenz: Sie sparen.
- ▶ Weitere Reformen des Sozialstaats, wie die Teilprivatisierung der Altersrente, ließen die Beschäftigten ebenfalls mehr Geld auf die hohe Kante legen.
- ▶ Erschwerend kommen die relativ niedrige Erwerbsbe-

Einkommen: Die untere Hälfte abgehängt

Das reale verfügbare Jahreseinkommen in Deutschland änderte sich von 1999 bis 2009 um ...



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

nötige Alternativen: Eine stärkere Binnennachfrage in der Bundesrepublik würde dabei helfen, in Europa und der Welt die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen zu verringern – und wäre damit ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der Krise.

Dafür müsste Deutschland eines seiner Kernprobleme angehen: die rasant gewachsene Einkommensungleichheit. So lautet das Ergebnis einer Untersuchung von IMK-Forscher Till van Treeck und Simon Sturn von der University of Massachusetts in Amherst.* Die beiden Ökonomen haben im Rahmen eines Forschungsprojektes der ILO die Effekte zunehmender Ungleichheit in verschiedenen Ländern analysiert, darunter auch in Deutschland. Sie werteten dazu eine Vielzahl wissenschaftlicher Quellen aus.

Bislang konzentrierte sich die Diskussion über Ungleichheit als eine der Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem auf die Vereinigten Staaten und die Schwellenländer, allen voran China, erläutern Sturn und van Treeck. Doch zu den Kernproblemen der Eurozone, deren Krise von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst wurde, zählte auch die wachsende Ungleichheit der Einkommen im größten Mitgliedsland Deutschland.

Seit der Jahrtausendwende sind die Löhne deutscher Arbeitnehmer kaum gestiegen, die Schere zwischen großen und kleinen Einkommen hat sich immer weiter geöffnet.

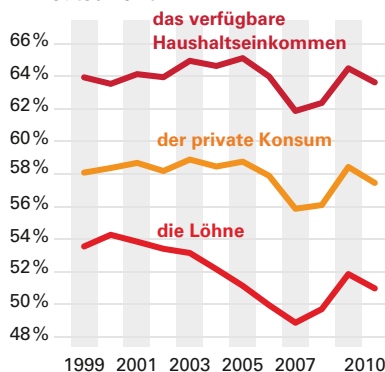
teilung von Frauen und der sehr große Lohnabstand zu den Männern hinzu: Die starke Ausbreitung von Minijobs gerade bei verheirateten Frauen bedeutet auch, dass diese vor allem über ihren Ehemann sozial abgesichert sind. Zugleich macht das Steuersystem es für sie finanziell unattraktiv, mehr zu arbeiten. In dieser Konstellation wäre ein Jobverlust des Mannes umso dramatischer – was die Deutschen in Reaktion auf die steigende Ungleichheit und die Deregulierung des Arbeitsmarkts noch mehr sparen ließ.

All diese Faktoren ließen die Binnen- nachfrage nicht mehr wachsen, macht die Analyse der Wissenschaftler deutlich. Seit der Jahrtausendwende speiste sich das deutsche Wirtschaftswachstum allein aus dem Export. Starker Export, schwache Inlandsnachfrage und hohe Sparquote verursachten einen dauerhaft hohen Leistungsbilanzüberschuss. Deutschland lebte damit auch von der Überschussnachfrage der europäischen Nachbarn. Diese speiste sich wiederum aus Kreditblasen, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise platzten.

In Deutschland sollten Reformen deshalb darauf abzielen, die Einkommensungleichheit wieder zu reduzieren, empfehlen van Treeck und Sturn. Wichtig seien Lohnabschlüsse, die den Verteilungsspielraum ausnutzen, wie in jüngster Zeit

Weniger Geld für Konsum

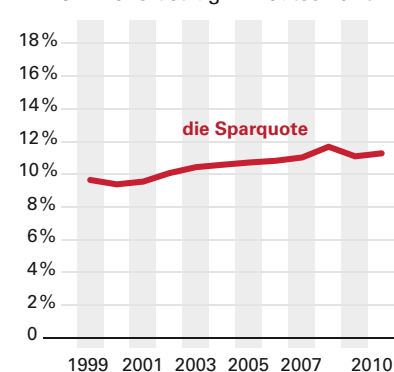
In Prozent des BIP betragen in Deutschland...



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnung Sturn, van Treeck 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Angst treibt die Sparquote

In Prozent des verfügbaren Einkommens betrug in Deutschland...



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnung Sturn, van Treeck 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

geschehen. Die Politik könne dies unterstützen, indem sie die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifabschlüssen erleichtert, die Arbeitsmarktreflexen um einen gesetzlichen Mindestlohn ergänzt und die Leiharbeit eindämmt. Damit ließen sich die schwache Konsumnachfrage und die starke Abhängigkeit der Wirtschaft vom Export überwinden – zum Wohle ganz Europas. ◀

* Quelle: Till van Treeck, Simon Sturn: Income inequality as a cause of the Great Recession? A survey of current debates, International Labour Office, Genf, 16. August 2012

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Eurokrise

Sparen wie in Griechenland trafe Deutschland hart

Gut 11,5 Milliarden Euro schwer ist das neue Sparprogramm der griechischen Regierung. Nur wenn die Troika aus EU, EZB und Internationalem Währungsfonds damit zufrieden ist, kann Griechenland mit weiteren Finanzhilfen rechnen. Doch droht das immer drastischere Sparen die Konjunktur weiter abzuwürgen, warnt das IMK. Das griechische Haushaltsdefizit lasse sich aber nur dann nachhaltig reduzieren, wenn die griechische Wirtschaft wieder wächst.

Wie massiv sich die Sparanstrengungen auswirken würden, verdeutlichen die Berechnungen von IMK-Forscher Fabian Lindner. Er hat die Kürzungsvorhaben der

griechischen Regierung näherungsweise auf Deutschland übertragen:

Um fast 147 Milliarden Euro müssten Staat und Sozialkassen ihre Ausgaben in den nächsten zwei Jahren zurückschrauben. Die Personalausgaben würden um ein Viertel zusammengestrichen. Im Gesundheitswesen müssten gut 25 Milliarden Euro gespart werden, für Bildung gäbe es über 6 Milliarden Euro weniger.

Auch die deutschen Rentner trafe es hart: Hier bedeuteten die Sparpläne eine Reduzierung der Ausgaben um knapp 33 Milliarden Euro – fast 16 Prozent. Im Durchschnitt müsste jeder Rentner monatlich mit 188 Euro weniger auskommen.

Kürzen auf Griechisch

Wenn die griechische Sparpolitik proportional in Deutschland umgesetzt würde, gäbe es...

Kürzungen bei...	um ...	um ...
Personalausgaben von Bund, Ländern und Kommunen	56,9 Mrd. €	-24,8%
Renten	32,9 Mrd. €	-15,6%
gesamten Gesundheitsausgaben	25,3 Mrd. €	-10,2%
Gesamtausgaben der Gemeinden	12,6 Mrd. €	-6,5%
gesamten öffentlichen Bildungsausgaben	6,3 Mrd. €	-5,3%
Verteidigungsausgaben	12,6 Mrd. €	-40,1%

Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Nach Analyse des IMK würde das Wachstum Griechenlands weniger stark geschädigt, wenn die Hellenen die Sparanforderungen

zeitlich strecken könnten. Damit ließe sich auch das Haushaltsdefizit nachhaltiger reduzieren.

Quelle: IMK, August 2012

Download unter www.boecklerimpuls.de

Elektroautos bringen neue Jobs

Elektroautos werden künftig eine größere Rolle spielen. Eine Studie zeigt: In der Fahrzeugproduktion könnte dadurch mehr Beschäftigung entstehen.

Noch entscheiden sich fast alle Autofahrer für Tanksäulen statt Steckdosen: Weniger als 2.200 von über drei Millionen Neuwagen waren 2011 laut Kraftfahrt-Bundesamt Elektroautos. Doch dabei wird es nicht bleiben. Wie wird sich der Markt für alternative Antriebstechnologien in den nächsten 20 Jahren entwickeln? Und was bedeutet das für die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie? Das haben Wissenschaftler des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation, des IMU Instituts Stuttgart und des Instituts für Fahrzeugkonzepte des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR-FK) im Forschungsprojekt „ELAB – Auswirkungen der Elektrifizierung des Antriebsstrangs auf Beschäftigung und Standortumgebung“ untersucht.* Auftraggeber waren der Gesamtbetriebsrat und die Unternehmensleitung der Daimler AG, die IG Metall Baden-Württemberg und die Hans-Böckler-Stiftung.

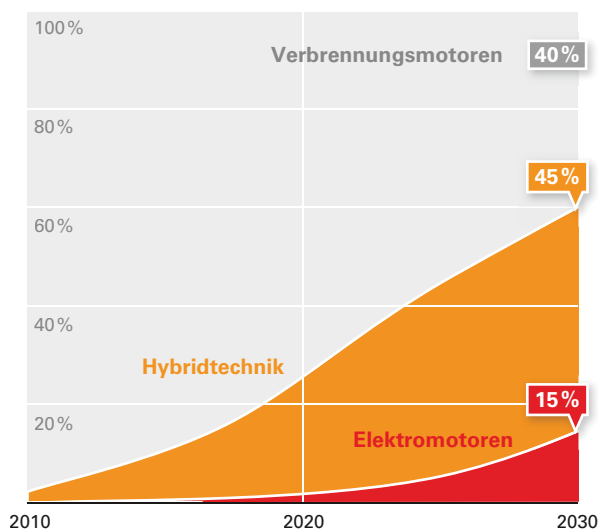
Für ihre Prognose haben die ELAB-Forscher zahlreiche Experten interviewt, einschlägige Studien ausgewertet und so mehrere Szenarien entwickelt. Dem Referenzszenario zufolge, das einem „ausgewogenen Mittel“ der analysierten Studien entspricht und damit aus Sicht der Wissenschaftler relativ wahrscheinlich ist, wird der Anteil der rein elektrisch über Batterie oder Brennstoffzelle betriebenen Neuwagen bis 2030 auf 15 Prozent steigen. Nur noch 40 Prozent der neu zugelassenen Fahrzeuge werden ausschließlich auf Verbrennungsmotoren basieren, 45 Prozent auf Hybridtechnik. Andere Szenarien unterstellen entweder noch höhere Marktanteile von Elektro- oder Hybridautos oder eine stabilere Nachfrage nach konventioneller Technik. Doch selbst bei extrem konservativen Annahmen gehen die Wissenschaftler davon aus, dass alternative Antriebe in den kommenden Jahrzehnten erheblich an Bedeutung gewinnen werden.

Klar ist: Auf den Produktionsprozess in den Automobilwerken wird diese Marktentwicklung gravierende Auswirkungen haben. Was das für die Zahl der Arbeitsplätze in der Produktion bedeutet, ist unter Fachleuten hingegen umstritten, fassen die ELAB-Forscher den bisherigen Stand der Analyse zusammen. Denn einerseits komme ein reiner Elektroantrieb mit deutlich weniger Mechanik aus: Motor und Getriebe eines konventionellen Fahrzeugs setzten sich aus rund 1.400 Teilen zusammen. Ein Elektromotor samt Getriebe dagegen bestehe nur aus etwa 200 Teilen. Andererseits werde die Montage aber künftig dadurch komplexer, dass Hersteller konventionelle, elektrifizierte und rein elektrische Antriebsstränge parallel verbauen müssten. Das erfordere mehr Arbeitskräfte.

Alles in allem ist deshalb unter den modellhaften Bedingungen einer idealtypischen Antriebsstrangproduktion bis 2030 mit zusätzlichen Arbeitsplätzen zu rechnen, so die ELAB-Studie. Idealtypisch heißt in diesem Fall: Effekte wie

Neue Technik auf dem Vormarsch

So entwickeln sich nach Einschätzung von Experten weltweit die Marktanteile von Neufahrzeugen mit ...



Quelle: Fraunhofer IAO u. a. 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

die Verteilung und Verlagerung der Wertschöpfung auf verschiedene Unternehmen und Standorte werden nicht untersucht. Im Referenzszenario steigt die Zahl der Beschäftigten, die ein Automobilhersteller für die Fertigung von jährlich einer Million Antriebssträngen benötigt, von zuletzt 6.000 bis 2030 auf über 7.200. Der Personalbedarf würde also um 20 Prozent zunehmen. Die anderen Szenarien lassen ebenfalls zusätzliche Beschäftigung erwarten. Wie sicher die Arbeitsplätze in den bestehenden Produktionsstrukturen und regionalen Automobilclustern sind, könne daraus allerdings nicht abgeleitet werden, konstatieren die Forscher: „Innerhalb der Wertschöpfungskette kann es zu massiven Verschiebungen und Umbrüchen kommen.“

Mit dem steigenden Personalbedarf wird der Studie zufolge ein Wandel der Kompetenzenanforderungen einhergehen: Die sogenannte spanende Metallbearbeitung – Drehen, Fräsen, Bohren, Schleifen – werde an Bedeutung verlieren. Montageprozesse dagegen dürften künftig eine größere Rolle spielen. Als zentrale neue Qualifikationsanforderung nennen die Wissenschaftler insbesondere den Umgang mit Hochvolt-Systemen, also mit Wechselspannung ab 25 Volt und Gleichspannung von mehr als 60 Volt. Denn bei der Produktion elektrifizierter Antriebskonzepte müssten Beschäftigte mit bis zu 1.000 Volt umgehen. Ihnen und den Unternehmen in der Automobilindustrie empfehlen die Autoren, sich rechtzeitig auf die neuen Anforderungen einzustellen: „Die Lehrinhalte in der beruflichen Aus- und Weiterbildung müssen an die besonderen Qualifikationen, die die Elektromobilität erfordert, angepasst werden. Bestehende Angebote sollten stärker in Richtung Kompetenzen in Elektrik/Elektronik erweitert werden.“ ◀

* Quelle: Fraunhofer IAO, DLR-FK, IMU Institut: Elektromobilität und Beschäftigung: Auswirkungen der Elektrifizierung des Antriebsstrangs auf Beschäftigung und Standortumgebung (ELAB) – Studienergebnisse, Düsseldorf 2012

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Betriebsrat hilft bei Jobwechsel nach Lehre

Wer direkt nach der Ausbildung den Arbeitgeber wechselt, muss mit einem niedrigeren Einstiegsgehalt rechnen als übernommene Azubis. Die Einbußen fallen geringer aus, wenn der Ausbildungsbetrieb ein großes Unternehmen ist, seinen Lehrlingen eine überdurchschnittliche Vergütung zahlt – und einen Betriebsrat hat.

Den eigenen Fachkräftebedarf zu decken, ist ein wichtiges Ausbildungsmotiv für Betriebe. Doch längst nicht alle Azubis werden übernommen: Mehr als 30 Prozent der deutschen Ausbildungsabsolventen kommen laut Berufsbildungsbericht nach der Lehre bei einem neuen Arbeitgeber unter, schreiben Robert Wagner und Thomas Zwick. Die Forscher von der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität haben untersucht, wie sich ein Betriebswechsel unmittelbar nach der Ausbildung auf den Einstiegslohn auswirkt.*

Grundlage ihrer Studie ist ein Datensatz des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung über mehr als 4.000 Absolventen, die innerhalb von 30 Tagen nach ihrer Lehre den Betrieb gewechselt haben. Das Ergebnis: Generell müssen Ausgelernte Lohnabschläge in Kauf nehmen, wenn sie sich bei einem neuen Arbeitgeber bewerben. Glaubwürdige Signale für eine hohe Ausbildungsqualität können allerdings solche Abschläge reduzieren oder gar verhindern.

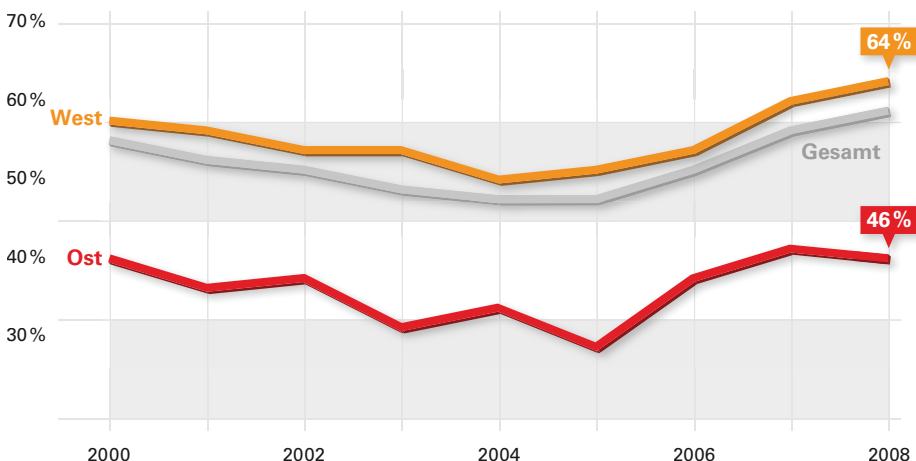
Das Problem, das mit einem Betriebswechsel verbunden sei, kenne die ökonomische Theorie als adverse Selektion, so Wagner und Zwick. Normalerweise nutzen Firmen demnach die Lehrzeit, um sich ein Bild von den Qualitäten ihrer Azubis zu machen und besonders fähige Arbeitskräfte im Anschluss weiterzubeschäftigen. Über Berufseinsteiger, die sie nicht selbst ausgebildet haben, wissen Unternehmen vergleichsweise wenig. Da Ausbildungsbetriebe in der Regel versuchen, die produktivsten Lehrlinge zu übernehmen, wird Wechsler generell eine geringere Leistungsfähigkeit unterstellt. Entsprechend zahlen Arbeitgeber ihnen der Theorie zufolge pauschal weniger Lohn – obwohl es auch viele hochproduktive Absolventen gibt, die freiwillig ihren Ausbildungsbetrieb verlassen.

Tatsächlich zeigen die Berechnungen der Wissenschaftler, dass Betriebswechsler niedrigere Einstiegsgehälter bekommen als Azubis, die übernommen werden: Der Abschlag beträgt mehr als vier Prozent. Allerdings, schreiben die Autoren, seien deutliche Lohneinbußen durchaus vermeidbar – wenn Arbeitgeber überzeugt sind, dass Bewerber eine hochwertige Ausbildung genossen haben. Exakte Informationen über die Qualität einer Ausbildung stünden den Unternehmen zwar nicht zur Verfügung. Doch nutzten sie bestimmte Merkmale der Ausbildungsbetriebe als Anhaltspunkte.

Ein wichtiges Indiz für hohe Ausbildungsqualität ist nach Wagner und Zwick die **Größe des ausbildenden Unternehmens**. Großbetriebe hätten eher die Mittel für aufwendige Ausbildungsmaßnahmen. Zudem könnten sie ihre Azubis aus einem vergleichsweise umfangreichen Bewerber-Pool aus-

Übernahme nach Ausbildung nicht garantiert

Von allen Auszubildenden wurden vom Ausbildungsbetrieb übernommen ...



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

wählen, weil Schulabsolventen sich besonders für Lehrstellen bei großen und bekannten Unternehmen interessierten. Betriebswechsler, die in Firmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten ausgebildet wurden, erhalten entsprechend signifikant mehr Lohn als diejenigen, deren Ausbildungsbetrieb weniger als 250 Arbeitnehmer hatte.

Darüber hinaus wirkt sich laut Wagner und Zwick die **Höhe der Ausbildungsvergütung** auf den Einstiegslohn von Betriebswechslern aus. Die Erklärung: Ausbildende Unternehmen, die besonders attraktive Löhne bieten, könnten die besten Bewerber binden.

Schließlich zeigt sich, dass **Mitbestimmung** eine Rolle spielt: Gab es in ihrem Ausbildungsbetrieb einen Betriebsrat, fällt der Einstiegslohn der Wechsler ebenfalls höher aus. Die Ökonomen führen das darauf zurück, dass Betriebsräte auch die Interessen von Azubis vertreten. Arbeitnehmervertreter betrachteten es als ihre Aufgabe, die Einhaltung von Ausbildungsrichtlinien zu garantieren. Daher sei die Existenz eines Betriebsrats ein Indiz für hohe Ausbildungsstandards – wovon auch Betriebswechsler profitierten. ◀

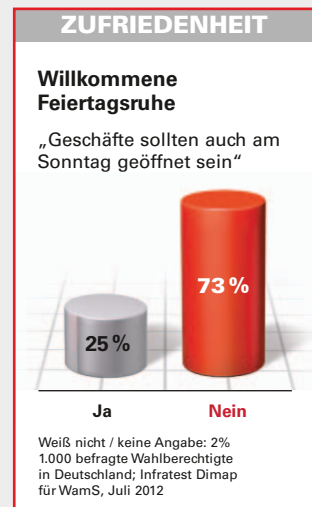
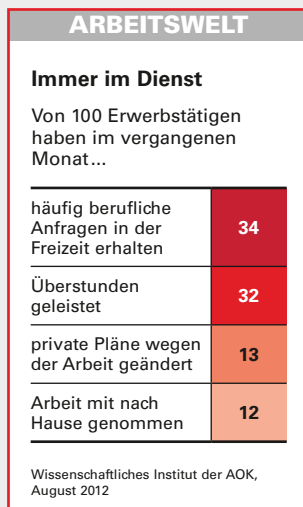
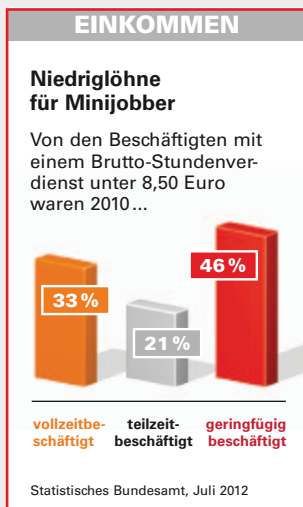
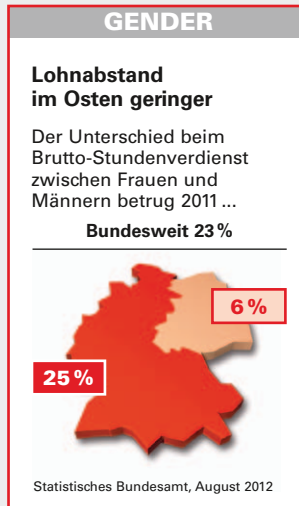
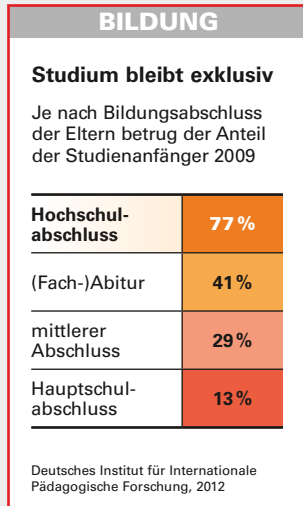
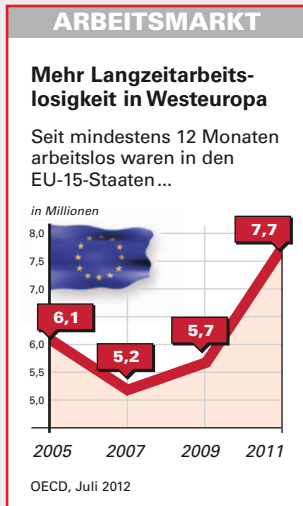
* Quelle: Robert Wagner, Thomas Zwick: How Acid are Lemons? Adverse Selection and Signalling for Skilled Labour Market Entrants, ZEW Discussion Paper No. 12-014, Februar 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft, Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **BILDUNG:** Studierende haben im vergangenen Jahr häufiger BAföG bekommen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl der Geförderten gegenüber 2010 um 8,6 Prozent auf 644.000. Gleichzeitig waren 2011 allerdings im Vergleich zum Vorjahr fast 100.000 zusätzliche Studierende eingeschrieben. Der Anteil der BAföG-Empfänger

stieg daher nur geringfügig von 27,9 auf 29 Prozent. Quelle: Statistisches Bundesamt, Juli 2012

► **ARBEITSMARKT:** Geringqualifizierte haben trotz der guten Arbeitsmarktsituation in Deutschland schlechte Beschäftigungschancen. Bewerber ohne Berufsausbildung kamen 2011 nur für jede zehnte ausgeschriebene Stelle

infrage, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Bei zwei von drei Neubesetzungen sei mindestens ein Berufsabschluss Voraussetzung gewesen, bei einem weiteren Fünftel sogar ein Hochschulabschluss. Während im Westen 9 Prozent der Stellen auch für Bewerber ohne Ausbildung ausgeschrieben wurden, waren es im Osten mit 17 Prozent

fast doppelt so viele. Die Arbeitsmarktforscher führen dies auf die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur zurück: In Ostdeutschland dominierten kleine und mittlere Unternehmen der Zulieferindustrie, die sich vergleichsweise selten in Forschung und Entwicklung engagieren. Quelle: IAB, August 2012